

Horrorszenarien ...

Eine strahlende Bundesarbeitsministerin verkündet Arbeitsmarktzahlen, dass einem schwindelig wird vor Freude. Probleme? Fehl-anzeige. Der Wirtschaftsminister assistiert, dass wir uns der Vollbeschäftigung nähern und nur noch ein großes Problem auf dem Arbeitsmarkt haben: Fachkräftemangel und offene Lehrstellen. Wahr ist, dass der Arbeitsmarkt heftig in Bewegung gekommen ist. Die Belegung am Arbeitsmarkt hat auch die verfestigte Sockelarbeitslosigkeit erreicht. Sie fiel nach der offiziellen Statistik im vergangenen Jahr um 2 Prozent auf 890.000 Menschen, die länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet sind. Das sind ein Drittel aller Arbeitslosen. Arbeitsmarktexperten interpretieren diese Zahlen so, dass diejenigen, die von der Wirtschaft als brauchbar angesehen werden, eine Beschäftigung gefunden haben, und die jetzt noch Verbliebenen kaum mehr vermittelbar sind.

Von den Praktikern, die mit Langzeitarbeitslosen arbeiten, wird die Zukunft weniger rosig gezeichnet, da drohen wahre Horrorszzenarien. In den Beschäftigungsbetrieben, in denen Langzeitarbeitslose qualifiziert und beschäftigt werden, rechnet man mit einem Rückgang der beschäftigten Arbeitslosen zwischen 25 und 40 Prozent, ein Teil der Betriebe wird die Einschnitte nicht überleben. Von einigen ARGE-Geschäftsführern erfährt man hinter vorgehaltener Hand, dass sie nicht mehr wissen, wie es weitergehen soll mit den



Langzeitarbeitslosen. 8,1 Millionen Menschen wollen mehr arbeiten, weil sie arbeitslos sind oder nur eine Teilzeitstelle haben, so das Statistische Bundesamt. Wie weit hat sich die Politik von der Wirklichkeit entfernt? Wahr ist, dass die Bundesregierung die Mittel zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt in 2011 um 20 Prozent gekürzt hat, innerhalb von drei Jahren sollen es 50 Prozent werden. Und aus dem verbliebenen Gesamtpfand soll noch das Bildungspaket für Kinder finanziert werden. Begründung: man braucht insgesamt weniger, weil es weniger Arbeitslose zu finanzieren gibt. Zur Wahrheit gehört auch, dass im Saarland von rund 900 Plätzen des Programms Jobperspektive

zum Jahreswechsel noch knapp 300 übrig geblieben sind. Das Zurückfahren der allseits kritisierten 1-Euro-Jobs ist einerseits nachvollziehbar, aber wenn andererseits ein schlechtes Instrument durch das blanke Nichts ersetzt wird, ist das bedenklich. Für die neben das Programm Jobperspektive gesetzte Light-Version "Bürgerarbeit" muss die Bundesregierung schon jetzt nachdrücklich werben, weil die Arbeitsagenturen angesichts der gekürzten Haushalte selbst dafür keine Mittel mehr haben. Bleibt zu hoffen, dass die angekündigte Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente nicht nur Einsparpotentiale aufdeckt, sondern auch zu zukunftsweisenden neuen Instrumenten führt.

EDITORIAL

Eine Prüfung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente hat die Bundesregierung für 2011 angekündigt. Ziel soll die bessere Vermittlung in den Arbeitsmarkt sein. Also ein lobenswertes Unterfangen. Zwei Tatsachen trüben allerdings die Aussicht.

Zum einen deuten die bisherigen Entscheidungen aus dem Bundesarbeitsministerium eher auf einen Kahlschlag statt auf einen neuen Start.

Zum anderen hüllt sich das Ministerium im Blick auf die neuen Instrumente in eisernes Schweigen. Soll wieder einmal der grüne Tisch über die Praxiserfahrung dominieren, heißt, wir dürfen wieder einmal unausgeregorene, aber fertig verschnürte Rezepte in Empfang nehmen?

Es wäre schön, wenn die Regierung vor einschneidenden Entscheidungen einmal den Dialog mit denen suchen würde, die über guten Willen, Expertenwissen und vor allem jahrzehntelange Praxiserfahrung verfügen.



Hans Casel,
Bischöflicher
Beauftragter
für die
Aktion Arbeit

Steht auf, wenn ihr Christen seid!

Das Recht auf Arbeit braucht moralische Unterstützung

Schon mit den Ursprüngen der Katholischen Soziallehre verbunden ist das Wort von der "Würde der Arbeit". In der Tat gehört die Arbeit zur Menschenwürde: Der Mensch ist auf gesellschaftliche Teilhabe angewiesen, er kann sich selbst nur wahrnehmen und einordnen im Vergleich zu anderen Menschen. Isolation und Ausschließen aus der Gemeinschaft verändern Menschen, reduzieren sie. Der Mensch möchte sein Leben selbst verantworten, sein Schicksal in die Hand nehmen und versuchen, seines Glückes Schmied zu sein. Der Mensch möchte seine Welt gestalten, er möchte Spuren hinterlassen. Im Schöpfungsmythos der Bibel ist das zusammengefasst in einem Bild: Gott setzte den Menschen in den Garten Eden mit dem Auftrag, ihn zu behüten und zu bebauen.

Wenn Arbeit wesentlicher Bestandteil der Menschenwürde ist, dann muss es auch ein Recht auf Arbeit geben, dass diese Würde schützt. Dieses Recht besteht unabhängig davon, ob es kodifiziert ist. Auch nicht kodifizierte moralische Rechte haben eine starke Wirkung, wenn sie im Wertekonsens einer Gesellschaft verankert sind. Die Arbeitsmarktpolitik der

derzeitigen Bundesregierung erweckt den Eindruck, als ob sie das Recht auf Arbeit für eine bestimmte Gruppe aufgeben würde. Die beschlossenen Einsparungen treffen überwiegend diejenigen, die auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr "verwertbar" sind. Schwere multiple Vermittlungshemmnisse heißt das in der Amtssprache. In der Praxis sind das diejenigen, deren Produktivität unterhalb dessen liegt, was ein Arbeitgeber als Lohn zahlen muss. Je höher die Produktivität, je höher die Löhne, umso größer die Zahl, die das nicht mehr schaffen. Bei den meisten helfen da auch keine Qualifizierungsmaßnahmen.

Für diese Menschen gab es bisher verschiedene Möglichkeiten: eine Vielzahl von Qualifizierungsmaßnahmen, Arbeitsgelegenheiten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, JobPerspektive, Ich-AG ... Alle diese Maßnahmen zeichneten sich dadurch aus, dass sie das Ziel einer Vermittlung in dauerhafte Arbeit nicht oder nur sehr eingeschränkt erreichten. Weil sie bei einer Effizienzprüfung unter dem Kriterium der Vermittlung durchfallen, werden nun diese Maßnahmen zurückgefahren oder ganz aufgegeben. Die

betroffenen Menschen aber kann man nicht zurückfahren. Aber man kann sie aufgeben, als nicht vermittelbaren Bodensatz mitschleppen, als Faulenzer brandmarken. Aus Sicht der Sozialethik bedeutet das die Aufgabe des Rechts auf Arbeit für etwa 1 Million Bürgerinnen und Bürger.

Die Antwort der katholischen Soziallehre ist eindeutig: Für die Schaffung ausreichender Arbeitsplätze ist die Wirtschaft, sind die Arbeitgeber verantwortlich. Wenn die Wirtschaft dieser Verantwortung nicht gerecht wird, ist der Staat verpflichtet, einzugreifen. Konkret: so viel öffentlich geförderte Beschäftigung zu schaffen, bis jeder, der arbeiten möchte, einen auskömmlichen Arbeitsplatz finden kann. Wie diese öffentliche Förderung aussieht, ist im politischen Diskurs zu klären. Aufgabe eines jeden Christen und jeder Christin ist es, dem Recht auf Arbeit Anerkennung zu verschaffen: am Arbeitsplatz, im Bekanntenkreis, in der politischen Diskussion. Nur wenn das Recht auf Arbeit eine starke Position in der öffentlichen Meinung hat, ist mit einer Besserung in der Politik zu rechnen. Die Christen sollten aufstehen, sie haben etwas zu sagen!

Personen

Workshop der Dekanatsbeauftragten

Seit 2008 gibt es Dekanatsbeauftragte für die Aktion Arbeit. Mit Hilfe der Dechanten ist es bisher in 18 Dekanaten gelungen, Frauen und Männer zu finden, die sich bereit erklärt haben, in ihrem Dekanat, in den Pfarreien, Verbänden und Einrichtungen die Anliegen der Aktion Arbeit mit Leben zu füllen.

Am 22. Februar trafen sich die Dekanatsbeauftragten zu einem Workshop, um sich über ihre bisherigen Erfahrungen auszutauschen, ihre Aufgaben und Möglichkeiten in den Blick zu nehmen und die neuen arbeitsmarktpolitischen Instrumente kennen zu lernen.

Die Dekanatsbeauftragten

Pastoralreferentin *Mariette Becker-Schuh*, Minheim;
Caritas-Geschäftsführer *Rudolf Düber*, Betzdorf;
Gerd Gilfert, Trier;
Pastoralreferentin *Gudrun Jocher*, Hermeskeil;
Dr. Clemens Keller, Neunkirchen;
Pfarrer *Karl Kneißl*, Bleialf;
Reimund Leg, Perl;
Pastoralreferent *Günter Leisch*, Andernach;
Maria-Theresia Lohse, Großmaisdorf;
Franz-Josef Mertes, Wittlich;
Diakon *Martin Nober*, Konz;
Heinz Oberbillig, Trier;
Pfarrer *Helmut Schmidt*, Mayen;
Dechant *Lutz Schultz*, Andernach;
Pastoralreferent *Rainer Stuhlträger*, Weiskirchen-Thailen;
Dechant *Manfred Thesen*, Merzig;
Pastoralreferentin *Bettina Wagner*, Sulzbach;
Pastoralreferentin *Anna Rosa Werle*, Simmern;
...

Hilfe konkret

Knapp 90.000 Euro hat der Vergabeausschuss der Aktion Arbeit in seiner Sitzung am 2. Dezember bewilligt. Insgesamt lagen dem Vergabeausschuss 12 Anträge mit einem Gesamtvolumen von 172.700,92 Euro zur Entscheidung vor. Die bewilligten Zuschüsse aus dem Solidaritätsfonds (ausschließlich Spendengelder) gingen an:

Kirchengemeinde St. Michael, Sohren, Beschäftigungszuschuss	6.000 Euro
ESH Püttlingen, Projektzuschüsse	30.000 Euro
FBS Neunkirchen, Zuschuss Küche	7.500 Euro
Ortsgemeinde Irsch, Co-Finanzierung Personalkosten	5.000 Euro
Caritasverband Rhein-Mosel-Ahr, Ausbildungspatenschaften	3.500 Euro
Koordination Saarländische Arbeitsloseninitiativen,	1.500 Euro
Caritasverband Rhein-Hunsrück-Nahe, Ausbildungspatenschaften	2.200 Euro
Kirchengemeinde St. Josef, Saarbrücken, Beschäftigungszuschuss	16.249 Euro
Caritasverband Magdeburg, Förderung Gut Glüsig,	15.000 Euro
Projektbüro "Kirche auf der BUGA 2011"	3.000 Euro

ALLIANZEN MACHEN STARK

Trier - Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kirchen haben in Trier ein Modellprojekt vorgestellt, mit dem benachteiligte Langzeitarbeitslose gefördert werden sollen. "Wir lassen niemanden zurück", sagte Projektleiter Dr. Carl-Ludwig Centner von der Handwerkskammer (HWK) Trier bei der Vorstellung Ende November in Trier. Unterstützt wird das Projekt von der HWK, der "Aktion Arbeit" des Bistums Trier, der Evangelischen Kirche im Rheinland, dem rheinland-pfälzischen Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen und der ARGE Trier.

In einer zweijährigen Projektphase soll insgesamt zehn besonders schwervermittelbaren Arbeitslosen durch intensive Betreuung - auch während des Beschäftigungsverhältnisses - eine neue Perspektive gegeben werden. Alle Teilnehmer sind seit mehr als zwei Jahren arbeitslos und sind von mindestens zwei weiteren Vermittlungshemmnissen betroffen.

Sozialministerin Malu Dreyer betonte, es sei der "Aktion Arbeit" und der Evangelischen Kirche gelungen, dieses "kleine, aber wegweisende Projekt" zu initi-



Pressekonferenz mit Sozialministerin Malu Dreyer

ieren und wichtige Partner zu gewinnen." Dr. Manfred Bitter, Geschäftsführer der HWK Trier, unterstrich die gesellschaftliche Verantwortung der Wirtschaft: "Ich halte es für unerlässlich, in den Bemühungen nicht nachzulassen, auch die Schwächsten in unsere Arbeitswelt zu integrieren, ihnen zu zeigen, dass sie gebraucht werden und so auch ihr Selbstwertgefühl zu steigern." Für die Trierer Sozialdezernentin Angelika Birk müssen mehr finanzielle Mittel für Menschen eingesetzt werden, denen es schwerer falle, sich zu integrieren. Bemerkenswert sei das Zusammenarbeiten der verschiedenen Institutionen: "Allianzen machen stark."

Der Trierer Superintendent Christoph Pistorius, der die Evangelische Kirche im Rheinland vertritt, unterstrich den hohen Wert von Arbeit heraus. "Arbeit gehört zum Leben und ermöglicht Teilhabe und Anerkennung innerhalb der Gesellschaft."

Auf die wichtige Rolle der Kirchen wies auch der Trierer Dompropst Prälät Werner Rössel hin: "Wir müssen purem Egoismus und selbstzerstörerischem Kapitalismus entgegenwirken", "wer den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Solidarität mit den Schwächeren aufkündigt, wird gesellschaftlichen Zerfall produzieren."

**"Solidarität geht anders".
Unser Land in Schieflage.**

"Der 'Saarland Sozialgipfel' vermisst bei den geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt sowie im Haushalt des Saarlandes die soziale Balance. Nach einem Rettungsschirm aus Steuergeldern in Milliardenhöhe für die Verursacher der Finanz- und Wirtschaftskrise, die Banken und Finanzinstitute, werden Arme, Kranke, Arbeitslose und Behinderte, das heißt die Schwächsten und Wehrlosen in unserer Gesellschaft, unverhältnismäßig hart von den Einschnitten betroffen." Harte Kritik äußerte der Sozialgipfel, in dem auch die Aktion Arbeit mitarbeitet, auf einer öffentlichen Veranstaltung mit dem Titel "Solidarität geht anders. Unser Land in Schieflage" Ende November in Saarbrücken.

Die Regierungen und Parteien im Saarland wurden aufgefordert, die geplanten Einschnitte zurück zu nehmen und armutsfeste Sozialleistungen zu schaffen. Starke Schultern müssten tatsächlich mehr tragen als Schwache. Auf einer Podiumsdiskussion mit Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), Cornelia Hoffmann-Bethscheider (SPD) und Prof. Dr. Heinz Bierbaum (Die Linke) forderten zahlreiche Langzeitarbeitslose und Hartz IV-Empfänger eine gerechtere Behandlung durch den Staat und seine Behörden. Besonders der Umgang in den Jobcentern lasse oft jeden Respekt und das Bemühen um ernsthafte, zeitnahe Lösungen vermissen.

ARBEITSBLATT

informiert per E-Mail über alles Wichtige aus und zur Aktion Arbeit.

Alle bereits registrierten Empfänger sind herzlich eingeladen, das **ARBEITSBLATT** per Mail weiter zu geben.



ARBEITSBLATT kann bestellt werden bei:
aktionarbeit
@bistum-trier.de

REDAKTION

Hans Casel, Rudolf Hammes

Gestaltung: bipsaar
Kontakt: aktionarbeit
@bistum-trier.de

"Zusätzlich" ist Unsinn!

Die alten Ängste kriechen wieder durch alle Ritzen. Für die neue Bürgerarbeit kommen nur "im öffentlichen Interesse liegende, zusätzliche" Arbeiten in Frage. Was für ein Unsinn!

Ein Widerspruch in sich

Ziel der Bürgerarbeit ist es laut Bundesarbeitsministerium, "einen möglichst hohen Anteil arbeitsloser erwerbsfähiger Hilfebedürftiger durch intensive und konsequente Aktivierung in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren". Wie sollen Menschen für das Arbeiten unter den Bedingungen der gewerb-

lichen Wirtschaft fitt gemacht werden, wenn sie nur arbeiten dürfen, wo genau diese Bedingungen fehlen? Die Qualifizierungsbetriebe dürfen nur Arbeiten ausführen, die kein Handwerker auszuführen bereit ist (zusätzlich). Und damit sollen sie noch Einnahmen erzielen, um die Maßnahme zu finanzieren.

Willkürliche Festlegung

Was "zusätzlich" und "im öffentlichen Interesse" meint, ist nirgends exakt definiert. Es bleibt eine Grauzone, die Willkürentscheidungen provoziert.

Schafft Nischen

"Zusätzlichkeit" schafft die Nischenarbeitsplätze, die sie verhindern will. Statt Qualifizierungs- und Beschäftigungsbetriebe wie jeden normalen Marktteilnehmer zu behandeln und sie unter Konkurrenzdruck in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, zwingt man sie in Nischen, deren Existenz man dann als verzerrenden Wettbewerb beklagt.

Die Ängste sind unbegründet

"Die nehmen den Handwerksbetrieben die Arbeit

weg." Der Vorwurf ist nicht belegbar. Welcher Handwerksbetrieb ist durch die Konkurrenz eines Beschäftigungsbetriebs ernsthaft ins Straucheln gekommen? Die Vorstellung ist doch absurd, dass die Wirtschaftsmacht des deutschen Handwerks von ein paar Betrieben in Gefahr gebracht werden könnte, deren Ziel es ist, stark leistungsgeminderten Langzeitarbeitslosen eine sinnvolle Beschäftigung zu ermöglichen, und das noch ohne Gewinnabsichten. Die Existenz der Integrationsbetriebe für Menschen mit Behinderungen zeigt die Grundlosigkeit der Bedenken.

Das **Konto** für Ihre
Spende:

3001399011
Pax Bank Trier
BLZ 585 602 94



AKTION ARBEIT

Beirat lobt Ausbildungspatenschaften

Etwa 130.000 Euro konnte die Aktion Arbeit 2010 an Spendeneingängen verbuchen. Diese Zahlen nannte Geschäftsführer Rudolph Hammes auf der Beiratsitzung der Aktion Arbeit Ende letzten Jahres in Trier. Bischof Stephan Ackermann, der an der Sitzung teilnahm, dankte den Beiratmitgliedern für ihr Engagement und unterstrich den Stellenwert der Arbeitsloseninitiative des Bistums. Besondere Beachtung fanden Ausbildungs-Patenschaftsprojekte in den Dekanaten Kirchen, Karden-Martental, Cochem-Zell, Wittlich, Daun, Neunkirchen und Saarbrücken. Vier weitere Projekte sind in Vorbereitung. Insgesamt ist ein großes Engagement der ehrenamtlichen Patinnen und Paten festzustellen. Diese helfen Hauptschulabgängern, den Schulabschluss zu erreichen und anschließend eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle zu finden. Der Beirat spricht sich einhellig den weiteren Ausbau der Projekte aus und beauftragte den Vergabeausschuss, hierfür auch Finanzmittel aus dem Solidaritätsfonds zu reservieren. Zur aktuellen Arbeitsmarktpolitik äußerte der Beirat deutlich seine Sorge, dass die mühsam "erkämpfte" öffentlich geförderte Beschäftigung für Langzeitarbeitslose wegzuberechnen droht. Bischof Ackermann plädierte dafür, die öffentlich geförderte Beschäftigung auszubauen und dem tatsächlichen Bedarf anzupassen anstatt sie zu kürzen.

Befristete Beschäftigung: In der Industrie eher unüblich

in 1.000

Abhängig Erwerbstätige ohne Auszubildende Davon befristet In Prozent

Kategorie	Abhängig Erwerbstätige ohne Auszubildende	Davon befristet	In Prozent
Insgesamt	32.558	3.408	10,5
Bis 25 Jahre	2.762	966	35,0
Vollzeiterwerbstätige ab 36 Stunden	21.526	2.004	9,3
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	7.237	441	6,1
Öffentliche Verwaltung	2.761	344	12,5
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	18.852	1.560	8,3
Mit Universitätsabschluss	3.543	530	15,0

Stand: 2009

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Verwirrend ist die Diskussion um die befristete Beschäftigung. Jeder zweite neu abgeschlossene Arbeitsvertrag ist befristet, sagen die Kritiker. Neun von zehn Beschäftigten haben keine Befristung, sagen die Befürworter. Insgesamt ist die befristete Beschäftigung von 2005 bis 2009 von 10,1 auf 10,5 % gestiegen. Untersuchungen sagen andererseits, dass befristet beschäftigte Vollzeitmitarbeiter nur drei Viertel der unbefristet beschäftigten Kollegen verdienen.